

Prüfung des DTI-Schlüsselprojektes SUPERB – Teilprojekt PPM

Bundeskanzlei – Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung

Das Wesentliche in Kürze

Die bestehenden SAP-Systeme der zivilen Bundesverwaltung sowie der Bereiche Verteidigung (V) und armasuisse (ar) müssen bis spätestens 2026 abgelöst werden. Für die Unterstützung der Supportprozesse in den Bereichen Finanzen, Personal, Logistik, Vertrieb, Beschaffung und Immobilien werden auch künftig die Produkte der Firma SAP eingesetzt. Gleichzeitig wird dabei der Übergang der Projektportfoliomanagement-Lösung (PPM) auf die neue SAP-Generation mit einem Prozess-Kern vollzogen.

Die vorliegende Prüfung fokussiert auf das Programm SUPERB – Teilprojekt PPM (Projekt PPM), mit dem die Lösungen für das Projektportfoliomanagement ersetzt werden sollen. Verantwortlich für dieses Projekt ist die Bundeskanzlei, Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung (DTI). Mit diesem Projekt verfolgt der DTI das Ziel, einen standardisierten neuen Kernprozess Projektportfoliomanagement zu definieren und dessen Anwendungsbereich zu erweitern sowie das bestehende Cockpit IKT abzulösen. Dafür verfügt der DTI über ein Budget in Höhe von 3,8 Millionen Franken. Anhand der Prüfung beurteilt die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK), ob die definierten Prozesse des PPM basierend auf dem SAP-Standard einheitlich und effizient festgelegt sind und ob die neue PPM-Lösung so konzipiert ist, dass über alle Stufen hinweg mit den gleichen Daten geführt und gesteuert werden kann.

Das Projekt PPM ist aufgrund von Ressourcenengpässen in Rückstand geraten und arbeitet vor allem auf die beiden Minimalziele Definition und Bereitstellung eines PPM-Kernels und die Ablösung des IKT-Cockpits hin. Ob es gelingen wird, ein bundesweit nutzbares Werkzeug für eine übergreifende Steuerung bereitzustellen, muss hingegen bezweifelt werden. Die Ursache liegt einmal mehr in den fehlenden rechtlichen Grundlagen.

Tiefe Ambitionen bezüglich Standardisierung

Dem Projekt PPM ist es gelungen, einen generischen Kernprozess für Projektportfoliomanagement (sog. Kernel) zu entwickeln. Das Ergebnis, die Prozesslandkarte Projektportfoliomanagement, ist klar strukturiert und nachvollziehbar. Positiv zu werten ist, dass das Bundesamt für Bauten und Logistik mit dem geplanten erneuerten Immobilienportfolio auf dem Kernel aufbauen wird.

Zu bemängeln ist, dass das Projekt PPM weder die Rückführung bestehender SAP-PPM-Lösung noch die Rückführung von Non-SAP PPM-Fachanwendungen auf den Kernel anstrebt. Damit werden die klaren SUPERB-Programmvorgaben in Sachen Standardisierung und Rückführung nicht erreicht.

Deshalb empfiehlt die EFK dem DTI, alle in der Bundesverwaltung (BVer) bestehenden SAP PPM-Anwendungen auf den Kernel zurückzuführen resp. Ausnahmen über das Programm SUPERB zu beantragen.

Das Integrationspotenzial wird nicht ausgeschöpft

Mit dem Kernel als Grundlage realisiert das Projekt PPM ein auf die Bedürfnisse der BVer zugeschnittenes Portfoliocontrolling Tool Bund (PFCT Bund). Im Fokus steht primär die Ablösung des heutigen Cockpits IKT. Die Nutzung der beiden anderen in Enterprise Portfolio and Project Management integrierten Disziplinen (Projektmanagement und Ressourcensteuerung) wurden bislang nicht in Betracht gezogen. Die Vorteile einer vollintegrierten SAP-PPM-Lösung werden somit nicht genutzt.

Zur Ausprägung des PFCT Bund fehlt bisher ein einheitliches Verständnis zwischen Projekt PPM und den Vertretern des Fachausschusses. Dies soll gemäss Beschluss des Digitalisierungsrats Bund nun mittels Arbeitsgruppen nachgeholt werden.

Aus Sicht der EFK ist es in jedem Fall zentral, dass die Ausprägung des PFCT Bund so gestaltet wird, dass künftige Ausbauschritte in Richtung vollintegriertes Projektportfoliomanagement ermöglicht werden.

Die übergeordnete Steuerung erfordert eine Anpassung von Organisation und Rechtsetzung

Auf Basis der Verordnung über die digitale Transformation und die Informatik (VDTI) sieht sich der DTI einzig als Fachamt für das PFCT Bund sowie für den Kernel, der dessen Grundlage bildet. Für den Ausbau zu einer PPM-Lösung, die darüber hinausgeht, fehlt dem DTI die Governance und die rechtlichen Grundlagen müssen überprüft werden. Ohne eine entsprechende Legitimation wird es schwierig bis unmöglich sein, eine PPM-Lösung bereitzustellen und durchzusetzen, welche Projekte im Gesamtzusammenhang abbildet und mit Strategien und Architekturen vernetzt. Auch die Durchsetzung von einheitlichen Führungsinformationen aus PPM könnte darunter leiden.

Aus diesem Grund empfiehlt die EFK, die Bundeskanzlei im Bereich PPM künftig so zu positionieren, dass sie die entsprechenden Vorgaben definieren und durchsetzen kann. Die notwendigen rechtlichen Anpassungen und der für diese zusätzliche Verantwortung anfallende Ressourcenbedarf sind zu klären.